

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 30.— M., monatlich 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Vierteljahr 32.— M., monatlich 10.— M. einschließlich Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Ostpreußen, Litauen und Suwałken, 20.— M., für das übrige Ausland 27.— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Himmels“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kontraktzeile kostet 1,50 M. „kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 1,50 M. (zu läufig zwei Setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— M. Streifen- und Schloßzeilenanzeigen das erste Wort 1.— M., jedes weitere Wort 50 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 1.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Kreuzungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Bestellern von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 6. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Groß-Berlin und seine Arbeiter.

Der drohende Konflikt zwischen dem Magistrat von Groß-Berlin und den städtischen Arbeitern und Angestellten muß in letzter Stunde noch beigelegt werden, wenn nicht der Stadtgemeinde und der Arbeiterschaft schwerer Schaden entstehen soll. Kämpfe dieser Art stehen schon jenseits der Klassenkämpfe, denn sie werden nicht ausgetragen zwischen Arbeit und Kapital, sondern zwischen Arbeit und Arbeit. Auf der einen Seite steht die Vertretung der Gesamtbevölkerung von Groß-Berlin, auf der anderen die gewerkschaftliche Organisation der städtischen Arbeiter und Angestellten. Diese beiden sollen sich nicht miteinander schlagen, sondern miteinander vertragen.

Von den Arbeitern und Angestellten ist Verständnis dafür zu verlangen, daß der Magistrat nicht jede Forderung unbefehlig bewilligen kann. Das würde den Ruin der Gemeinde zur Folge haben und das System einer sozialistischen Stadtverwaltung auf demokratischer Grundlage ad absurdum führen. Der Magistrat aber muß die Kunst erlernen, mit seinen Arbeitern und Angestellten in einer Art und Weise zu verkehren, die nicht an die Gepflogenheiten kapitalistischer Machthaber erinnert. Ein Entleeren gegenüber begründeten Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, die Befriedung des ehrlichen Willens, einen Weg der Verständigung zu beschreiten, ist seinem Ansehen und der Aufrichtigkeit einer gesunden Gemeindegewirtschaft nicht abträglich, was auch anderes von anderer Seite gesagt werden mag.

Wenn sich die gesamte organisierte Arbeiterschaft mit den streikenden Outsarbeitern solidarisch erklärt, so ist das ein Vorgang, der von Seiten des Magistrats volle Beachtung und Würdigung verdient; es ist damit eine Warnung gegeben, die er nicht in den Wind schlagen darf.

Die besinnungslosen Scharfmacher von rechts und links möchten freilich am liebsten den Kampf in voller Schärfe entbrennen sehen. Die Reaktion erhofft von einem Streik der städtischen Arbeiter eine erhebliche Verbesserung ihrer Ausichten bei den bevorstehenden Gemeindevahlen. Die Kommunisten aber glauben gleichfalls ihre Parteigeschäfte besorgen zu können, indem sie die städtischen Arbeiter in schärfsten Gegensatz zur demokratisch verwalteten Stadtgemeinde Berlin und ihrer sozialistischen Mehrheit setzen. Der Magistrat

ist aber nicht dazu da, die Geschäfte dieser Extremisten von rechts und links zu besorgen.

Darum sei hier die Hoffnung ausgesprochen, daß die Einsicht siegen und der offene Kampf vermieden werden wird.

Die Streiklage hat bis jetzt keine wesentliche Veränderung erfahren. Entgegen der gestrigen Mitteilung des Berliner Magistrats sei festgestellt, daß auf allen Gütern die wichtigsten Notstandsarbeiten durchgeführt werden.

Die Streitenden hielten heute morgen überall Betriebsversammlungen ab, in denen sie zu dem Ultimatum des Magistrats Stellung nahmen. Irgendwelchen Einfluß auf die Kampfstimmung der Outsarbeiter hat die für heute angeordnete Kündigung nicht ausgeübt. Die Streitenden sind nach wie vor entschlossen, sich durch nichts einschüchtern zu lassen und den Kampf um ihre Forderungen durchzuführen.

In den übrigen städtischen Betrieben ist die gestern abend beschlossene Urabstimmung im Gange. Das Resultat der Abstimmung selbst ist nicht vor morgen mittag zu erwarten, da die Outsarbeiter erst in der kommenden Nacht abstimmen werden. Die Auffassungen über das Ergebnis der Abstimmung sind sehr geteilt. Man glaubt, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird und hofft im übrigen, daß es möglich wird, zu einer Einigung zu kommen.

In der morgigen Stadtvorordnetenversammlung wird man sich abermals mit dem Güterarbeiterstreik zu beschäftigen haben, da die Kommunisten beabsichtigen, eine neue Interpellation einzubringen, die die Stadtvorordnetenversammlung veranlassen soll, entgegen den Beschlüssen des Ausschusses die materiellen Forderungen der Streitenden zu bewilligen.

Der Magistrat bereitet einen Aufruf vor, in dem er kurz die Situation schildert, um auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die durch einen Streik der städtischen Arbeiterschaft der Allgemeinheit entstehen. Bei Redaktionschluß lag dieser Magistratsaufruf noch nicht vor.

Der Magistrat hat jedoch eine Kommission gewählt, die beauftragt ist, wegen der Lieferung von Deputaten auf den städtischen Gütern an die höheren und mittleren Beamten, Angestellten und Arbeitern genaue Erhebungen anzustellen, die Beschwerden über ungenügende Lieferung von Deputaten zu prüfen und wegen der Regelung Verhandlungen mit den Beteiligten anzuknüpfen.

Die neuen Steuern.

Im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats leitete heute Reichsfinanzminister Dr. Wirth über den Gesamtdeckungsplan der Reichsregierung mit: Die direkten und indirekten Steuern hatten sich etwa die Wage. Als wesentliche neue direkte Steuer ist eine Veredelung des Reichsnotopfers vorgesehen, die etwa einer Umwandlung in eine ständige Vermögenssteuer entspräche. Der Reichsfinanzminister erwartet vom Reichswirtschaftsrat einen Ausbau und eine Erweiterung dieses Rahmens, insbesondere eine Klärung der Frage einer Beteiligung des Reiches an den Realwerten und der Gestaltung der Kohlensteuer, ohne welche Maßnahmen das Deckungsproblem nicht reiflos gelöst werden kann. In der anschließenden Erörterung wurde die Mitarbeit des Reichswirtschaftsrates bereitwillig zur Verfügung gestellt.

Wirth über die Sanktionen.

Düsseldorf, 5. Juli. (W.B.) Dem Berliner Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten“ sagte Reichsfinanzminister Wirth zu den Auslassungen der französischen Presse über eine nur stückweise Aufhebung der Sanktionen: „Ich habe seit der Übernahme meines Amtes immer und immer wieder betont, daß nach meiner Auffassung heute Politik machen heißt, praktische Arbeit leisten, um zu einer Verständigung zu kommen. Bei dieser Arbeit aber steht man stündig auf die Schwierigkeiten, die einzig und allein durch die Sanktionen hervorgerufen werden. Das ist um so schmerzlicher, als wir mit dem Ultimatum finanzielle Verpflichtungen übernommen haben, die wir nur dann erfüllen können, wenn wir wirtschaftlich freie Bahn haben. Von der ersten Milliarde Goldmark ist auf den 31. August ein großer Teil noch zu decken. Wie sollen wir diese Summe aufbringen, wenn uns gerade in den wichtigsten deutschen Wirtschaftsgebieten derzeitige Fesseln angelegt werden?“

Das Loch im Westen ist wieder offen.

Auslandswaren kommen herein, die doch auch wieder mit den von uns selbst so sehr benötigten Devisen bezahlt werden müssen. Die Banken im besetzten Gebiet sind für unsere Kontrolle nicht erreichbar usw. Als wir die Verpflichtung übernahmen, das Ultimatum zu erfüllen, da hätte man uns freie Hand geben müssen. Dies wäre ein machtvoller Impuls für das deutsche Volk gewesen, seine Leistungsfähigkeit auf das Äußerste zu steigern. Die Zurückziehung der Sanktionen hätte die deutsche Demokratie gestützt, statt dessen drohen sich die Sanktionen auch heute noch wie ein Rehstau über alles zu legen, was an neuen Trieben des deutschen Wiederaufbaues vorhanden ist. Die Sanktionen erschweren

jede Arbeit der Regierung, sie sind geradezu eine Sabotage von außen her. Die Rheinzoölfrage ist ein wirtschaftlicher Unsinn. Wir haben,“ so schloß Wirth, „entwaffnet, wir setzen unsere äußerste Kraft an die Bezahlung unserer Reparationsverpflichtungen; gibt es einen einzigen vernünftigen Grund, die Sanktionen, und zwar nicht nur in ihrem handelspolitischen Teil, sondern vor allem die Befehung Düsseldorf und Duisburg-Ruhrorts aufrechtzuerhalten?“

Die Orientreise.

So einfach, wie man es sich gedacht hat: Frankreich pfeift seine Polen und England die Griechen zurück, geht es scheinbar nicht. Die türkische Sache ist im Rollen, England ist schwer befragt um Konstantinopel und man versucht, Rumänien anzubieten, wozu auch die angebliche bolschewistische Mobilisierung, an die wir nicht glauben, dienen soll.

Paris, 6. Juli. (E.F.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Kemalisten haben fast die ganze Halbinsel Ismid besetzt und mehrere Truppenabteilungen sind in die neutrale Zone eingedrungen und nähern sich Konstantinopel. Die Jüge können nicht mehr von Konstantinopel nach Bendik gehen. In Konstantinopel wird lebhaft der Plan erörtert, daß Rumänien zur Verteidigung der türkischen Hauptstadt Truppen stellen solle.

Die Angoravertreter in Paris wurden von Briand empfangen. Im französischen Hauptauschuß hat eine geringe Mehrheit durch Abstriche an den Kosten gegen eine ewige Fortdauer der französischen Okkupation in Syrien und Syrien demonstriert.

London, 6. Juli. (E.F.) „Daily Mail“ meldet: Die offizielle Ansicht geht dahin, daß Konstantinopel in den Händen der Alliierten bleiben müsse, um, gemäß den Bestimmungen von Sevres, die freie Schifffahrt in den Meerengen zu garantieren und zu verhindern, daß sich die Türken mit Bulgarien verbinden, das selbst Absichten auf Izbrazien hat. Um jeder möglichen Aktion der Bulgaren entgegenzutreten zu können, haben, wie eine offizielle englische Mitteilung besagt, Italien, Rumänien, die Tschechoslowakei und Jugoslawien einen Bündnisvertrag (die kleine Entente, die in erster Linie gegen eine Wiederkehr der Habsburger gerichtet sein sollte) unterzeichnet. Die alliierten Streitkräfte in Konstantinopel betragen 10 000 Engländer und 5000 Franzosen. Rumänien soll 15 000 Mann angebotet haben.

Aufbruch in Nordpersien.

London, 6. Juli. (E.F.) Die „Daily Mail“ meldet aus Teheran: Der Aufbruch in Nordpersien breitet sich immer weiter aus. Der Leiter des Aufbruchs ist Prinz Wazendrar. Er wünscht, daß die türkenfreundlichen Elemente mit den Revolutionären zusammenarbeiten, die Astrabad bedrohen. Der ganze Aufbruch sieht zweifellos in Zusammenhang mit der Agitation des Sowjetgesandten Rojstein. Auch in Nordindien hat es wieder Scharmügel gegeben.

Ein Ankläger seiner Partei.

In der „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht der Führer der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. v. Campe, einen Artikel, der in Ton und Tendenz sehr weit von dem abweicht, was man sonst in den Spalten dieses Blattes zu lesen gewohnt ist. Herr Dr. v. Campe persönlich kennt, weiß, daß er kein Duzendpolitiker, sondern ein Mann von feinerer geistiger Struktur ist. Eben daraus wird es erklärlich, daß seine Ausführungen ihn in scharfen Gegensatz zu der gewohnten groben Agitationsmethode der Deutschen Volkspartei bringen. Herr v. Campe sucht sich mit Demokratie und Parlamentarismus abzufinden und auszuföhnen. Freilich übt er zunächst Kritik an beiden, indem er schreibt:

Demokratie und Parlamentarismus sollten die Allheilmittel sein. In beiden liegen Kräfte. Wir wissen sie nicht zu nutzen. Wir sind einmal ein unpolitisches Volk — selbst für eine Revolution zu dumm. So sagte ein Russe 1848. 1918 gab ihm recht. Wir schufen eine Demokratie. ... Innerlich haben wir uns nie nicht angeeignet. ... Freie Hingabe des freien Mannes — diese vornehmste Frucht der Demokratie, sie blieb aus. Der begeistertste Demokrat wird das anerkennen.

Wir erkennen an, daß dies eine Art Kritik ist, mit der man sich vernünftig auseinandersetzen kann, wir erkennen auch an, daß sie einen berechtigten Kern enthält. Es ist in der Tat bis heute nicht gelungen, der Form der Demokratie ihren vollen Inhalt zu geben. Das hat zwei Gründe: einmal, weil der linke Flügel der Arbeiterschaft die Demokratie alsbald nach ihrer Errichtung im Stiche ließ. Sodann aber, weil gerade dem deutschen Bürgertum der von Herrn v. Campe gepriesene Gedanke der Demokratie „freie Hingabe des freien Mannes“ nach seiner jahrzehntelangen politischen Erziehung meilenfern liegt. Das deutsche Bürgertum ist seit den Tagen der Konfliktzeit politisch in die tiefste Knechteligkeit versunken und kann auch heute im wesentlichen keine andere Politik treiben, als sich dem an den Hals werfen, den es gerade für den stärksten hält.

Aber auch Herrn v. Campe reichen die sicher bestehenden heutigen Mängel nicht aus, um die jetzige Staatsform zu verwerfen. Er betont vielmehr:

Warum ich das sage? Wohllich nicht um zu mätzen. Demokratie wird die Grundlage unseres Staates sein — oder wir werden nicht mehr sein. Und im Rahmen des Parlamentarismus wird sich unser politisches Leben abspielen oder wir werden uns bis zur völligen Ohnmacht zerfleischen. Nur wer sich auf diesen Boden stellt, kann heute ausbauen. Realpolitik fordert das. Ideologen gehören nicht ins politische Leben. Royal gilt es diesen Standpunkt zu vertreten.

Ob Herr v. Campe sich bewußt ist, daß er damit 90 Prozent seiner eigenen Parteigenossen die Berechtigung abspricht, sich ins politische Leben zu stellen? Denn die erdrückende Mehrheit der Deutschen Volkspartei gehört zu jenen „Ideologen“, die den klaren Standpunkt des Herrn v. Campe nicht erfassen, sie jubelte seinerzeit mit stürmischer Begeisterung einem Kapp zu, der Demokratie und Parlamentarismus auslöschten und damit die „völlige Zerfleischung bis zur Ohnmacht“ anbahnen wollte. Herr v. Campe verschärft den Tadel noch: Kritik vorwärtstreibende Arbeit zu leisten. Rückschauende Kritik vorwärtstreibende Arbeit zu leisten. Rückschauende Beschuldigungen haben und drüben zerlegen. Vorwärtsschauender Zusammenschluß tut not, bitter not. Ich nehme niemanden aus. Fort mit allem Pharisäertum! Wir sind oftmals Sünder.

Hierzu möchten wir bemerken: Gewiß üben wir Sozialdemokraten häufig und heftig Kritik an den Sünden des alten Systems. Aber wir sind dazu gezwungen, weil es zahlreiche Leute gibt — und nicht zuletzt in der Deutschen Volkspartei — die uns immer wieder mit der Rückkehr dieses Systems bedrohen. Wir könnten längst darüber hinaus sein, wenn es nicht eine üble Gewohnheit der Rechtsparteien — einschließlich der Deutschen Volkspartei — geworden wäre, Republik und Demokratie mit allen Folgen des Zusammenbruchs zu belasten. Wer verbreitet denn geflissentlich die verlogene Dolchstoßlegende? Wer sagt die republikanischen Regierungen unausgeseht des Verrats am Vaterlande an, weil sie die unvermeidlichen Konsequenzen der Niederlage ziehen? Wer gefällt sich alltäglich in vergifteten Anschuldigungen, in niedrigen Verleumdungen gegen die führenden Männer der republikanischen Parteien? Wer erfindet jede Woche einen neuen Korruptionschwandel? Wer inszeniert einen schwarz-weißen Rummel nach dem anderen? Wer fördert das unterirdische Treiben von Waffendieben und Waffenschleibern engros, von Selbstschußverchwörern und frondierenden Offizierscliquen? — Diese Fragen stehen sich noch verzehnfach, aber die hier aufgeworfenen genügen, um zu zeigen, daß gerade die Parteifreunde des Herrn v. Campe es sind, die zu 90 Prozent die von ihm belagerten Zustände herbeiführen helfen.

Am Schlusse seiner Ausführungen empfiehlt Herr v. Campe die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie:

Wir können keine Kraft entfalten, die aufbauen will. Wer die ehrliebe Mitarbeit der Sozialdemokratie ablehnt, lebt nicht in der neuen Zeit. Aber wer alles, was nicht sozialdemokratisch ist, mit der Phrase reaktionär abtut, kennt die neue Zeit ebenfowenig.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre vergangene Politik deutlich genug bewiesen, daß sie nicht in der bequemen Phrase des letzten Satzes denkt. Aber ebenfowenig können wir unsere Augen davor verschließen, daß die sehr beachtenswerten Anschauungen des Herrn v. Campe nicht die allgemeine und typische Denkart der Deutschen Volkspartei darstellen. Herr v. Campe braucht nur Tag für Tag die „Tägl. Rundschau“ selber zu lesen, um uns ohne weiteres recht geben zu müssen. Wir wissen, daß auch Herr v. Campe Anhänger seiner Denkweise in den Reihen seiner Partei zählt. Aber selbst bei günstigster Betrachtung sind diese Herren nur erfreuliche Einzelscheinungen. Solange es ihnen nicht gelingt, der Politik und der Agitation ihrer Partei den Stempel ihrer Denkart aufzudrücken, solange kann die von ihnen gewünschte Gesundung des politischen Lebens nicht eintreten. Wir würden es gewiß begrüßen, wenn man in der Deutschen Volkspartei allgemein wie Herr v. Campe denken würde. Aber wir sind nicht optimistisch genug — zumal nach den Erfahrungen in der Krise aus Anlaß des Ultimatus — an einen solchen Wechsel der Gesinnung von heute auf morgen zu glauben.

Das Echo von Beuthen.

Es ist gewiß sehr wahrscheinlich, daß der französische Bataillonskommandeur in Beuthen von einem einzelnen verantwortungslosen Fanatiker erschossen worden ist. Ob dies erst geschah, als das französische Militär bereits mit unsagbarer Brutalität auf die Menge, die die Engländer als Befreier begrüßte, losgegangen war, oder ob dieses Vorgehen, das man bisher nur gegen die bedauernswerten Kolonialvölker gewohnt war, die Folge der Schüsse gegen Franzosen war, ist noch nicht klar. Sicher ist aber schon, daß der Tod dieses einen französischen Offiziers, dem so viele andere Morde polnischer Insurgenten an wehrlosen Deutschen gegenüberstehen, zu einer neuen Heße gegen Deutschland mißbraucht wird.

Paris, 6. Juli. (B.F.B.) Nach dem „Matin“ beabsichtigt der Abg. Vespère, wegen der Zwischenfälle in Beuthen zu interpellieren.

Paris, 6. Juli. (E.F.) Der neue oberschlesische Zwischenfall ist einigen Blättern, besonders „Echo de Paris“, „Figaro“, „Eclair“ und „Action française“, Anlaß zu energischen Ausführungen, wobei auch behauptet wird, daß die Schuld an dem tragischen Ende des französischen Majors das Kabinett Wirth treffe. Namentlich dem Kanzler wird der Vorwurf gemacht, daß er in seinen letzten Reden ein ungeteiltes Oberschlesien forderte. Derartige Ausführungen seien nur geeignet, wie „Figaro“ bemerkt, die Stimmung in Oberschlesien zu vergiften. Der Kanzler treibe nur das Spiel der Allduldsamkeit. — „Echo de Paris“ fordert strenge Ahndung dieser Tat, welche es als eine Kundgebung des wütendsten Hasses der oberschlesischen Bevölkerung Frankreich gegenüber bezeichnet. Die Umstände, unter denen sich das tragische Ereignis vollzogen, beweisen nur von neuem, daß die Deutschen die Gegenseite zwischen Franzosen und Engländern auszuweichen suchen. Man müsse ihnen zeigen, daß sie sich ändern und daß die Alliierten in ihrem Willen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, einig seien und jedes Attentat unterdrücken werden. — „Petit Parisien“ schiebt die Schuld an dem Attentat auf deutsche Offiziere in die Schuhe, die Gewalttätigkeiten heraufzubeschwören und sich in der Zahl von mehreren Tausend in den Reihen der Freiwilligen in Oberschlesien befinden.

Wer ist schuld?

Im Gegensatz zu diesen nationalistischen Blättern schreibt Gustave Hervé in der „Victoire“, daß das Kabinett Wirth keinerlei Verantwortung an diesen Ereignissen treffe, sondern daß diese nur den Polen zur Last fälle, die den Aufruhr in Oberschlesien herbeigeführt und infolgedessen die deutschen Abwehrmaßnahmen heraufbeschworen haben. Das Kabinett Wirth erweise seinen guten Willen. Die Wirt-

schaffsverhandlungen dauerten fort, und die deutsche Regierung zeige, daß sie die Versailles Bestimmungen durchführen will. Wenn es eine Schuld gebe, so treffe diese nur die Polen. Das beste Mittel, solche Attentate zu verhindern und die Nerven der aufgeregten ober-schlesischen Bevölkerung zu beruhigen und sie nicht mehr zu reizen, sei, endlich über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden.

Aber schon wird wieder gemeldet, daß der Oberste Entente rat erst Mitte August zusammentrete.

Oppeln, 6. Juli. (D.L.) Sobald die Entente-Truppen die Gebiete besetzt haben, entstehen allerorts hinter ihrem Rücken neue Insurgentengruppen, die das Land weiter beunruhigen. Insofern und Schoppitz sind entgegen den Abmachungen noch nicht geräumt. Man befürchtet ganz allgemein eine Verzögerung der Räumung.

Eine Beuthener Deputation, die beim Kreisinspektor wegen Freilassung der Franzosen-Gesellen vorsprechen sollte, ist verhaftet worden.

Der Mißbrauch des Selbstschusses.

Breslau, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Breslauer „Volkswacht“ richtet heute im Anschluß an ihre gestrigen Mitteilungen folgende Fragen an die zuständigen Stellen:

1. Wie steht es mit der Rechtslage für die Orgesch in Schlesien? Wird die preussische Ausführungsbestimmung zur Aufhebungs-Verordnung des Reichskanzlers dahin verstanden, daß der nachträgliche Austritt des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlichter aus der Organisation Eherich diesen Verband vor der Anwendung der Aufhebungsbestimmungen schützt?
2. Was geschieht, um die deutschen Oberschlesier über die Gründe aufzuklären, aus denen der Selbstschuß zurückgezogen werden mußte, und um vor allem auch die Angehörigen des Selbstschusses ins Bild zu setzen, aus welchen Gründen sie in Oberschlesien der deutschen Sache nicht mehr dienen können? Hat insbesondere das Auswärtige Amt sich darum bemüht, an den entscheidenden Stellen in Schlesien die Tatsache bekannt zu machen, daß eine noch mäßige Verwendung von Selbstschuß, und zwar gegenüber einem vierten Polenaufstand nach den Erfahrungen des dritten Aufstandes ausgeschlossen ist, doch die denkbar schwerste Gefährdung der deutschen Sache darstellt? Hat das Auswärtige Amt schon über irgendwelche Bemühungen berichtet können, für den Fall des vierten Aufstandes einen Schutz der deutschen Bevölkerung in anderer Form zu sichern?
3. Sind Maßnahmen zur Verstärkung der Schutzpolizei in Mittelschlesien getroffen worden, die gegenwärtig, soweit sie zur Durchführung der Entwaffnung verwandt wird, außerordentlich dünn verteilt ist?
4. Ist den zuständigen Stellen bekannt, daß ein großer Teil der schlesischen Behörden der Auffassung ist, daß jede strafrechtlich vor-dringende Tat, soweit sich die Täter als Selbstschußangehörige auch nur ausgeben, nachlässig behandelt werden darf?
5. Ist von amtlicher Seite Sorge dafür getragen worden, daß die Selbstschußleute wissen, daß die Gewerkschaften trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit die Selbstschußangehörigen in ihrer Heimat in Brot und Arbeit bringen wollen?

Bayerische Flugblattverbreiter!

München, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Kampf der bayerischen Regierungskoalition gegen die sozialistische Flugblattpropaganda hat seinen besonderen Ausdruck in der Bestellung eines Richters für die Bestrafung der „Flugblattverbreiter“ gefunden. Die Vergehen gegen den Ausnahmezustand, worunter die Flugblattverteilung fällt, wurden bis jetzt im Ordnungsgesetz Bayerns von Schöffengerichten, denen die Urteile nach ihren Anfangsbuchstaben zugestellt waren, abgeurteilt. Sie setzten die beantragte Gefängnisstrafe meist auf geringe Geldbußen herab. Dieses freie richterliche Ermessen scheint aber den heutigen Macht-habern in Bayern nicht mehr Genüge zu bieten, daß die verbrecherischen Flugblattverbreiter der SPD. auch mit der entsprechenden Schärfe abgeurteilt werden. Infolgedessen wurde ein neues Ausnahmeverfahren angeordnet, Straffälle aus den Ur-teilungen, denen sie ordnungsgemäß zugestellt werden mußten, herausgezogen und einem eigenen Richter, einem bekannten Amts-

gerichtsrat und Spezialisten für bayerische Innenpolitik, übertragen.

Die Bestellung dieses Ausnahmegerichters, dessen bisherige Tätigkeit ihn hierfür besonders geeignet erscheinen läßt, bedeutet den Anfang vom Ende der Unabhängigkeit der Richter Bayerns. Der Sozialdemokratische Verein München beabsichtigt, gegen die Strafbefehle (scheinigt Einspruch zu erheben und gegen die Züchtung von antizözialistischen Richtern in Bayern mit aller Schärfe vorzugehen.

Die Versammlungen des Deutschen Handarbeiterverbandes werden von den Bezirksämtern des Freistaates Bayern nach Möglichkeit beschränkt und verboten. Ein Amt gab auf das Gesuch um Versammlungsgenehmigung überhaupt keine Antwort, ein anderes verbot die Versammlung mit der Begründung, daß der Verband auf kommunistischer Grundlage aufgebaut sei. Weiter wurde erklärt, Versammlungen könnten nicht mehr genehmigt werden, da die Ernte vor der Tür stehe und die Handarbeiter zu Erntestreichs aufgefordert werden könnten!

So steht es mit dem Versammlungs- und Koalitionsrecht der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern aus.

Paul Müller geht!

Wie uns aus Hamburg gedrahlet wird, hatte der Vorstand unserer dortigen Parteiorganisation an Paul Müller wegen seiner Rede gegen die Handelsflagge ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm mittelste, daß gegen ihn das Ausschlußverfahren aus der Partei eingeleitet worden sei. Im Schreiben wird dieser Schritt damit begründet, daß sich Paul Müller durch die Beschimpfung der Farben der Republik und durch Artikel in seinem „Mitteilungsblatt des Aktionsausschusses leemännlicher Berufsverbände“ einer parteigenösslichen Ehrlosigkeit schuldig gemacht habe. Müller wurde aufgefordert, sich zu dem Ausschlußantrag zu äußern oder in einer Parteivorstandssitzung seine Handlungsweise zu verteidigen. Darauf hat Müller an die Partei ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Partei erklärt. Er schreibt dazu:

„Ich kann und will einer Partei nicht angehören, die das Recht der freien Meinungs- und Willensäußerung nicht respektiert. Nachdem ich festgestellt habe, daß diese „demokratische“ Partei mit ihren führenden Kreisen und mit ihrer Presse drauf und dran ist, nicht nur das freie Wort zu unterdrücken, sondern auch den Geist zu töten, würde ich es als Heuchel betrachten, wenn ich dieser Partei noch ferner angehören würde.“

Die sinnlosen Verleumdungen zu widerlegen, mit denen Müller seinen schweren Disziplinbruch zu entschuldigen sucht, lohnt nicht der Mühe. Unsere Genossen werden in weitesten Kreisen außerordentlich erfreut sein, diesen Mann, dessen antirepublikanisches Treiben schon längst eine schwere Schädigung für das Ansehen der Sozialdemokratie bedeutete, nicht mehr zu den Ihren zählen zu müssen.

Der „allzustreng“ Finanzamtsdirektor.

Sieg der Steuerdrückeberger?

Aus Salzwedel (Altmark) schreibt man uns: Das Finanzamt Salzwedel war der Schrecken der Steuerdrückeberger. Es war ihm gelungen, weiteste Kreise der Steuerhuten zur Rechenhaft zu ziehen. Allein bei 19 Drückebergern (darunter 16 Landwirten), deren Namen das Finanzamt in öffentlicher Bekanntmachung anprangerte, waren 1 331 610 M. hinterzogene Steuern festgesetzt worden. Weitere Entlassungen wurden vom Finanzamt in Aussicht gestellt. Da bringt auf einmal die bürgerliche Presse folgende Notiz:

Salzwedel. Der Leiter des hiesigen Finanzamts, Regierungsrat Groth, hat vom Reichsfinanzminister einen Ruf nach Berlin erhalten.

Was bedeutet das? Die Frage erscheint um so dringlicher, als die in Osterburg bei Salzwedel erscheinende „Altmarkische Zeitung“ mit fühlbarem Seufzer der Erleichterung folgende weitere Notiz bringt:

Regierungsrat Homann verläßt heute Osterburg, um den allzu scharfen Herren vom Finanzamt Salzwedel abzulösen.

Eine nordische Lysistrata.

In einer deutschnationalen Versammlung in Worpommern forderte eine Disziplinsprecherin in flammenden Worten alle Frauen auf, ihren Männern die eheliche Gemeinschaft zu verweigern, wenn sie nicht gelobten, sich nach Kräften für die Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron einzusetzen.

Diese Beistreichparole soll nicht ungehört verhallt sein und der Erfolg ist angeblich gemanert. Nur ganz wenige Ehemänner, entartete Glieder dieses germanisch-biederben Volkschlags, lehnten es ab, das verlangte Versprechen zu geben, froh darüber, daß ihnen die Nichterfüllung ehelicher Pflichten einen triftigen Grund zur Scheidung liefert. Die meisten sollen höchstens um wie Kräuter im Raten. Bewährte Republikaner schwören auf dem Altar der Liebe feierlich zum Haupte Doorn. Die demokratischen und sozialistischen Parteigruppen schimpfen überall auf ein paar Hagestolze zusammen. In den nächsten Reichstag schiebt Worpommern nur noch stramme Monarchisten, und aus dem Schoße seiner Heidenmütter erhebt schon im kommenden Frühjahr die junge Garde, mit der Wilhelm das Kind dereinst die große Revancheschlacht im Westen schlägt.

Am Schluß ihrer Rede passierte der nordischen Lysistrata förtigens ein kleines Malheur. Nachdem sie weiblich über die „Juden und Judengenossen“ geschimpft, die uns unserer edlen Fürsten beraubt hätten, rief sie mit feierlichem Ton: „Wir aber wollen immer eingebend sein des Wortes unseres großen vaterländischen Dichters: Mein Kaiser, mein Kaiser gefangen!“

Auf dem Montmartre zu Paris glaubte ein französischer Friedenswächter um dieselbe Stunde aus dem Grabe eines gewissen Henri Heins ein diabolisches Geschrei zu hören.

Peter Michel.

Die Ueberpflanzung von Augen.

Aus Wien kommt die aufsehenerregende Nachricht, daß es einem Studenten der Biologie, Th. Koppányi, gelungen sei, die Augen eines Versuchstieres auf ein anderes zu übertragen. Koppányi, ein Schüler des Professors Brazdam, habe solche Versuche mit Fröschen, Fröschchen und Ratten angestellt und es habe sich gezeigt, daß die eingepflanzten Augen in der Augenhöhle festgewachsen seien. Auch habe die mikroskopische Ueberprüfung ergeben, daß die neuen Augen normal und funktionsfähig seien, denn der neue Sehnerv sei in den alten hineingewachsen.

Soweit die Wiener Meldung. Wenn sie das hält, was sie zu versprechen scheint, so hätten wir in der Augenheilkunde allerdings einen unmeßbaren Fortschritt zu verzeichnen. Aber was verspricht sie tatsächlich? Es heißt: die Augen sind „festgewachsen“ und sie sind, soweit das mikroskopisch zu kontrollieren ist, „normal“ und „funktionsfähig“. Das Bestwachsen bedeutet an sich noch wenig, denn

die Ueberpflanzung von Organen, z. B. Nieren, ist schon öfter experimentell mit Erfolg vorgenommen worden. Es heißt dann weiter: in der mikroskopischen Untersuchung hätten sich die eingepflanzten Augen als normal und funktionsfähig erwiesen. Normal — gewiß; denn es handelt sich eben um gesunde Augen, die ihren normalen Charakter dem äußeren Anschein nach auch an der neuen Stelle eine Zeitlang bewahren können. Es fragt sich nur, auf wie lange. Denn nach den bisher gemachten Erfahrungen pflügen Ueberpflanzte Organe, auch wenn sie gut eingewachsen sind, nach Ablauf einiger Zeit entweder doch abzusterben, oder, wenn sie lebendig bleiben, ihre Besonderheit zu verlieren und sich in ein Karbengewebe zu verwandeln, das die Funktionen des Organs natürlich nicht auszuüben imstande ist. Die mikroskopische Untersuchung kann dabei etwas Ausschlaggebendes überhaupt nicht feststellen. Sie kann in diesem Fall höchstens ergeben haben, daß die Sehnervenenden miteinander ver-wachsen und verheilt sind. Nun besteht aber jeder Nerv sozusagen aus einem Bündel von Leitungsdrahten, von denen jeder einzelne seine besondere Funktion hat. Beim Sehnerv ist jeder Leitungsdraht mit einer bestimmten Stelle der Retina verbunden und von dieser Stelle der Retina gehen wieder Leitungsdrahte nach bestimmten Gehirnzentren. Erst wenn zwischen allen einzelnen Leitungsdrahten des Sehnervs, den dazu gehörenden Stellen der Retina und den entsprechenden Gehirnzentren der „Anschluß“ hergestellt ist, kann ein richtiges Schbild entstehen. Da nun aber die Wissenschaft noch gar nicht imstande ist, die einzelnen Leitungsdrahte voneinander zu unterscheiden, so kann auch durch eine mikroskopische Untersuchung unmöglich festgestellt werden, ob die richtigen Leitungsdrahte mit einander ver-wachsen sind. Das könnte erst durch den praktischen Erfolg erwiesen werden. Erst wenn es sich ergibt, daß die Versuchstiere mit den eingepflanzten Augen tatsächlich wirklich und richtig sehen, wäre das neue Verfahren für die Augenheilkunde von Bedeutung. Zwei Fachärzte, Prof. Müller, der Direktor der Ersten Wiener Augenklinik, und Dr. Quist, sind mit den nötigen Nachprüfungen nach dieser Richtung hin betraut und man wird das Resultat ihrer Untersuchungen abwarten müssen.

„Englische Autoren und ein deutscher Verleger“ — unter diesem Titel widmet J. C. Sergue dem Verlagshaus Tauchnitz einen Artikel in den „Daily News“ und teilt interessante Briefstellen aus dem Archiv mit, in dem die zahlreichen Zeugnisse über eine lang-jährige Zusammenarbeit der berühmtesten englischen Dichter mit der deutschen Firma aufbewahrt werden. Dickens scheint nach dem Umfang und dem Ton seiner Briefe in einem besonders nahen Verhältnis zu dem Gründer der Firma gestanden zu haben. „Mein ältester Sohn“, schreibt er im Dezember 1852, der jetzt 16 Jahre ist, ist von mir aus Eton — der großen öffentlichen Unterrichtsanstalt, die Sie gewiß dem Namen nach kennen — herausgenommen worden, weil ich ihn nach Deutschland schicken möchte, damit er dort nach meinem Wunsch die deutsche Sprache vollkommen beherrschen lernt. Nun möchte ich ihn gern bei einem deutschen Herrn unterbringen, in dessen Familie er angenehm leben und wissenschaftlichen Unterricht im Deutschen und Französischen erhalten könnte, sowie auch so

beobachtet würde, wie es ein Junge seines Alters werden muß.“ Thackeray schreibt 1856: „Ihr Brief vom 26. Mai hat mich gerade bei meiner Rückkehr aus Amerika erreicht, wo ich eine sehr gewinnbringende Tournee gemacht habe, wenn ich auch nicht ganz die Summe von 500 000 Dollar erreichte, von denen die „Allgemeine Zeitung“ als meinen Einnahmen berichtet. Beunruhigen Sie sich nicht wegen Ihres English. Ein Brief, der eine Anzahl Pfund Sterling enthält, ist immer in einem schönen Stil geschrieben.“ In den Briefen von Meredith kehrt die Klage darüber wieder, daß das englische Publikum ihn so langsam verziehe. „Jedes Werk von mir“, schreibt er bitter, hat lange darauf zu warten, bevor es in England Käufer findet. Sie kaufen jetzt ein Werk, das vor 37 Jahren entstanden ist!“ Disraeli schreibt am 23. September 1870: „Die Bücher, die sich mit mir beschäftigen, sind im allgemeinen infame Streifschriften, die ich stets mit äußerster Gleichgültigkeit behandelt habe. Ich frage mich manchmal, was man wohl nach meinem Fortgang machen wird; wer wird dann da sein, um mißbraucht und korrigiert zu werden?“ Unter den vielen hundert Briefen, die sich in den Tauchnitz-Archiven befinden, sind solche von Macaulay, Mill, R. S. Stephenson, Longfellow und anderen.

Feuerfäule, ein neues Löschmittel. Man schreibt uns: Ein eigenartiges Feuerlöschmittel gelangt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten zur Anwendung. Unter dem Namen „Foamite“ (von foam — Schaum) bekennt man sich einer stoffigen chemischen Masse, die wie Wasser aus Schläuchen verspritzt wird, sich dann aber an der Luft in einen lockeren Schaum verwandelt. Dieser besitzt feuerlöschende Eigenschaften und legt sich über alle brennenden Gegenstände wie eine Decke. Mit dem neuen Verfahren, heißt es, könne jede Art von Feuer, auch brennende Flüssigkeit, schneller als mit anderen Mitteln gelöscht werden. Jede Wiederentzündung sei ausgeschlossen, und durch das Löschmittel werde keinerlei Wasserschaden angerichtet. Das System beruht offenbar auf dem Prinzip der Erstüftung des Feuers durch Abschluß von der Luft. Der Feuerlösch-apparat wird als Handpumpe, als tragbarer oder fahrbarer Lös-chapparat, als fahrbarer Spritze usw., geliefert; besonders Systeme werden für große industrielle Anlagen und für außergewöhnlich gefährliche Öl- und Petroleumrisiken angefertigt.

Das neue Mittel, dessen chemische Zusammensetzung die her-stellende Firma geheim hält, wird von dieser in der Propaganda als die Lösung des Feuerproblems in den Vereinigten Staaten bezeichnet und soll sich bereits in der Stahl-, Automobil-, Farben- und chemischen Industrie bewährt haben.

In Schönheit gelebt und in Schönheit begraben. Gabriel d'Annunzio hat sich zwischen den Hügeln im Quellgebiet des Pescara ein prächtiges Mausoleum erbauen lassen, in dem er einst das jüngste Gerichte zu erwarten gedenkt.

Wir erinnern uns, daß d'Annunzio nach seinem Flume-Fiasco den Entschluß verknüpfte, den Staub Italiens von seinen Füßen zu schütteln. Wertwüßig, daß das unantbare Land, das nicht einmal wert erscheint, als Staub auf Backsteine zu haften, später den ganzen Staub des unsterblichen Sängers und Helden bestreuen soll.

Die 10 Punkte des ADGB.

Das heißt doch auf Deutsch: Regierungsrat Groth ist wegen der großen Schärfe gegen die Steuerhelfer abgelöst worden und durch großer Subel der „nationalen“ und „patriotischen“ altmärkischen Landwirtschaft.

Der Herr Finanzminister wird nicht umhin können, sich zu dieser Sache zu erklären, insbesondere uns zu sagen, ob die Darstellung der „Altmärkischen Zeitung“ wirklich zutrifft, wonach Regierungsrat Groth wegen seines Einschreitens gegen — die Druckerberger von seinem Platte entfernt zu sein scheint?

DKPD-Zentrale und Reichstagsfraktion.

Die „rote Fahne“ veröffentlicht einen Brief der Reichstagsfraktion an die Zentrale der DKPD. wegen der Unterzeichnung der „Keinen Anträge“ Paul Levis durch vier Mitglieder der Fraktion. Die Fraktion erklärt, daß die vier Mitglieder durch ihre Unterschrift keineswegs sich in „propagatorischer“ Weise mit Levis identifizieren, sondern nur dafür sorgen wollten, daß die sachlich berechnete Anfrage Levis auch im Falle seiner Verhinderung zur Verlesung gelangte. Für die Zukunft hat aber die Fraktion beschlossen, daß jede „keine Anträge“, die ein Mitglied der Fraktion stellen will, vorerst der Fraktion zur Genehmigung vorgelegt werde.

Die Zentrale nimmt diesen Kotau mit gnädiger Handbewegung zur Kenntnis und verwirft auf das gute Beispiel der kommunistischen Rosternaben in der preußischen Landtagsfraktion, die jede Anfrage erst der Fraktion zur Genehmigung vorlegen. Der Riß zwischen Zentrale und Leuten ist damit noch einmal überkleistert — auf wie lange?

Der „rein sachliche“ Kultusminister.

In der Steierwälder Tageszeitung „Der Deutsche“ stand vor einiger Zeit ein Artikel „Partei Politik und Unterrichtsverwaltung“, der offensichtlich aus dem Unterrichtsministerium des Herrn Beder herrührte. Der Artikel rühmt die „Stetigkeit, Ruhe und Sachlichkeit“ der jetzigen Staatsverwaltung, gegen deren Grundzüge der Vorgänger des Herrn Beder, Genosse Haenisch, fortgesetzt verstoßen haben soll. Notabene, während Herr Beder sein Staatssekretär war!

Ueber die „Sachlichkeit“ der neuen Unterrichtsverwaltung befehrt die neuerliche Entschcheidung des Ministers Beder im Falle Burg, der hier schon behandelt worden ist. Minister Haenisch hatte schließlich getan, was zu tun nötig war und unter Verzicht auf disziplinarische Bestrafung die Verlesung des Direktors und dreier Lehrerinnen im Interesse des Dienstes verfügt. Sofort setzte jenes schamlose, durch und durch verlogene Treiben in der reaktionären Presse und in Elternversammlungen ein, wobei ohne einen Schatten von Beweis behauptet wurde, es sei aus parteipolitischen Motiven gegen Herrn Burg vorgegangen worden. Die Demokratische Partei brachte „große Anfragen“ im Landtag, in denen aber weniger gefragt als geurteilt wird. Ohne jemals die Hauptbeteiligten gehört oder von dem amtlich festgestellten Tatbestand Notiz genommen zu haben, erklärt man den Direktor und die betreffenden Lehrerinnen für völlig unschuldig und verlangt sogar „Genugtuung“ für die angeblich verletzte Gerechtigkeit.

Wertwüchsigerweise sind diese „großen Anfragen“ bis heute nicht behandelt worden. Herr Minister Beder hat das inzwischen stillschweigend befragt und ohne weiteres die Verfügung seines Vorgängers außer Kraft gesetzt. Direktor Burg soll also an der von ihm heruntergewirtschafteten Schule verbleiben. Das ist die „sachliche Sachlichkeit“! Hier haben wir an einem Musterbeispiel die Freiheit von parteipolitischer Orientierung, die unter Preußens gegenwärtiger Regierung sich jetzt auch auf dem Schulgebiete etabliert. Freiheit für alle reaktionären Elemente und ihr schändliches Treiben! Herr Burg hat ja offen für Kaiserbilder, Bismarckhuldigung und dergleichen die SchülerInnen beeinflusst oder zu beeinflussen gesucht, hat Lehrer, die das pflichtgemäß verhindern wollten, unter Anwendung bedenklicher Mittel drangsalariert. Mögen auch dem Minister noch so starke Beweise für die Unmöglichkeit dieses Herrn als Schulleiter vorliegen, die „sachliche Sachlichkeit“ des jetzigen Kultusministers weiß darüber hinwegzukommen.

Herr Minister Beder wird Gelegenheit erhalten, sein „sachliches“ und „von parteipolitischen Gesichtspunkten freies“ Verhalten im Landtag zu rechtfertigen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat wegen des Falles Burg eine große Anfrage eingebracht, die zur öffentlichen Aufrollung des Stanbais an der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg führen wird.

Invalidenversicherung vor dem Reichstag.

Das deutsch-belgische Abkommen zu Artikel 312 des Friedensvertrages (Regelung der Sozialversicherung in den Kreisen Eupen und Malmedy) wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Angenommen wird ebenfalls ohne Aussprache der Gesetzentwurf zur Wänderung des Reichsbeamten-Gesetzes (Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Disziplinarkollegiums auf 18). — Der Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen wird auf Antrag des Abg. Steinkopf (Soz.) dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Neuregelung der im § 63 Abs. 1, im § 74 a Abs. 2 und im § 75 b Satz 2 des Handelsgesetzbuches, sowie im § 188 a, b Abs. 1 der Gewerbeordnung vorgezeichneten Gehaltsgrenzen.

Die Gehaltsgrenze wird danach bezüglich der Schulpfortschritten von 5000 M. auf 8000 M. heraufgesetzt. (§ 68 Handelsgesetzbuch und § 133a, b Gewerbeordnung.) Beim § 74 des Handelsgesetzbuches erfolgt eine Herabsetzung auf 12000 M. und beim § 75b auf 40000 M. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf unverändert angenommen, ebenso eine Ausschussentscheidung, die eine rechthelbige Vorlegung eines Gesetzes über die vorläufige Regelung des Wettbewerbsverbotes für die technischen Angestellten fordert. — Die Vorlage wird mit der Entscheidung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die anderweitige Festsetzung der Leistungen und der Beiträge in der Invalidenversicherung. Bis zum 31. Dezember 1923 werden als Wochenbeitrag in den Lohnklassen erhoben 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 9,—, 10,50 und 12 M.

Abg. Gieseler (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Er begründet einen Wänderungsantrag der Koalitionsparteien.

Zu unserer Notiz in der Abendausgabe vom 5. Juli über die Beratung in der Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsbesoldungsgesetz erfahren wir, daß zwischen dem 23. Ausschuss des Reichstags und der Reichsregierung ein Kompromiß zustande gekommen ist, so daß der sofortigen Genehmigung der Besoldungsvorschriften durch das Plenum nichts mehr im Wege steht. Die Parteien haben ferner vereinbart, im Plenum weder neue Anträge zu stellen noch zur Sache zu reden. Der Gegenstand dürfte also ganz glatt erledigt werden. Ein Grund zur Beunruhigung ist für die Beamtenchaft nicht vorhanden. Voraussetzlich wird der Reichstag seine Zustimmung zu den Besoldungsvorschriften in die Form eines Antrages kleiden, in dem die Genehmigung der Besoldungsvorschriften für den Fall erteilt wird, daß der Reichsfinanzminister sich mit den getroffenen Wänderungen einverstanden erklärt. Andernfalls bleibt dem Reichstag die erneute Beschlußfassung vorbehalten.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung der gestrigen Funktionärversammlung: „Die wirtschaftliche Lage und das Arbeitslosenproblem“ referierte der 2. Vorsitzende des ADGB, Genosse Graßmann. Das Arbeitslosenproblem sei eine internationale Erscheinung; alle Staaten leiden in mehr oder weniger erschreckendem Maße darunter. Amerika zählt nach den letzten Schätzungen 4 Millionen Arbeitslose, England 1 400 000—1 600 000, Holland, Skandinavien und Dänemark haben eine Arbeitslosenziffer von 24 Proz. Das sind die Folgen des Krieges,

bei dem die Völker gegenseitig sich ihre besten Kunden totgeschlagen haben. (Zustimmung.) Es ist verbrecherisch, ihnen einreden zu wollen, der ADGB ginge an diese Frage nicht mit genügender Energie heran. Die Reparationspflichten lasten schwer auf Deutschland und seiner Industrie und niemand kann sagen, wie sich die Umstellung unserer Wirtschaft, die Normalisierung und Kapitalisierung vollziehen wird. (Zustimmung.)

Genosse Graßmann schildert nun die drückenden Lasten durch die Ententeforderungen und zeigt, wie lähmend diese auf die Industrie wirken. Die Entente behindert uns am wirtschaftlichen Aufbau. Beweis: Reparations-, Diesel- und Kleiner Flugzeugmotoren und anderes. Wir haben zur

Durchführung der 10 Punkte

eine ganze Reihe von Verhandlungen mit den verschiedensten Behörden gepflogen und erreicht, daß eine Viertelmillion Arbeiter in den Betrieben untergekommen sind. In Berlin balle sich die Arbeitslosen außerordentlich zusammen und wir richten unser Hauptaugenmerk darauf, hier Wandel zu schaffen.

Der Referent geht dann des näheren auf die so heiß umstrittenen 10 Punkte ein. Von 416 000 unterstützten Erwerbslosen erhalten angehörl nur 305 000 Vollunterstützung; im Rai ist diese Ziffer zurückgegangen auf 353 000, davon 282 000 männliche, 75 000 weibliche; ferner ist die Zahl der Zuschlagsempfänger von 440 000 zurückgegangen auf 384 000. (Hör, hör!) Wir haben nichts unversucht gelassen, die Behörden zur Hergabe von Mitteln zu zwingen. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die durch Verbindung mit allen in Frage kommenden Instanzen dieses Problem unter Hinzuziehung der beteiligten Verbände der Arbeitnehmerschaft zu lösen bemüht ist. Bei 32 Eisenbahndirektionen sind diese Kommissionen zum Teil in Verhandlungen, zum Teil in der Bildung begriffen. Durch die produktive Erwerbslosenfürsorge war es möglich, 250 000 Mann mit einem Aufwand von 500 Millionen Mark zu beschäftigen.

35 Proz. der deutschen und 53 Proz. der preußischen unterstützten Erwerbslosen entfallen allein auf Berlin. Hier fehlt es besonders an einem Ausgleich zwischen Erwerbslosenfürsorge und den Arbeitsnachweilen. Für Kostendarstellungen hat Berlin in 628 Fällen einen Zuschuß von 105 Millionen Mark ausgegeben; ferner 9,6 Millionen für Wohnungsbauverbesserungen. Großzügige Aufträge sind ganz unzulänglich verteilt worden; viele Instanzen tragen über zu geringe Mittel. Die Behebung der Bauaktivität, Siedlungsbauten, Bahnbauten, Begaararbeiten, Reparationen, alles versuchen wir, um hier produktiv im Interesse der Erwerbslosen zu wirken. Der Zentralschuss wird dem Verkehrsministerium Anweisung auf diesem Gebiete geben. Wir verlangen kostenloses Hin- und Herfahren der Jüngerer und Beschaffung von Arbeitskleidung; wir verlangen von der Regierung und auch von unseren Arbeitkameraden eine

Verkürzung der Arbeitsstunden

und dafür Einstellung von Arbeitslosen. Aufreißend wirkt der hohe Dividendenbesatz, der in diesem Stadium der wirtschaftlichen Krise noch ausgeschüttet wird. Graßmann teilt mit, daß den Erwerbslosen eine Verlängerung der Winterbeihilfe auf weitere 3 Monate zugesagt wurde.

Groß-Berlin

Das kalte Wetter.

Am der Ecke der Bismarck- und Potsdamer Straße wurde ich von einem Kerl angerannt, der zwei lange spitze Hölzer über der Schulter trug, mit denen er mir beinahe die Augen ausbohrte.

„Hallo!“ sagte er und wachte sich mit dieser äußerst höflichen Entschuldigung emfieren.

„Quatsch, Hallo!“ sagte ich entrüstet, sah die Kerl ins Auge und erkannte in ihm meinen Freund Rumbert. Auch er erkannte mich und blieb nun stehen.

„Ranu, Rano, wo willst du denn mit diesen Planken hin?“

„Bitte, sich doch richtig hin, das sind keine Planken, das sind Schneeschuhe.“

„Immer verrückter! Willst du damit zum Eislaufen?“

„Keine Ahnung! Ich habe die Hoffnung auf Sommerwetter aufgegeben. Aus dem Erzgebirge wird Schnee gemeldet, aus dem Riesengebirge auch. Wie das meteorologische Institut mittelst, sind auch die Rüggeberge vollkommen von Schnee eingehüllt, so daß die Hafentouristen zurzeit nicht an die Bismarckwarte heran können. Wo kurz und gut, ich habe Sommerferien und werde Winterport treiben. Auf Wiedersehen! Adio!“ Weg war er.

Ich werde mir nun doch auf alle Fälle meine Schlittschuhe neu schleifen lassen.

Der falsche Kamerad.

Mit einem ganz neuen Trieb hat der 27 Jahre alte Kaufmann Max Schwarzin überlebt und dabei recht gute Erfolge erzielt. In der Uniform eines Oberwachmeisters der Schutzpolizei sprach er auf dem Steinhilber Bahnhof ankommende Reichswehrsoldaten an und ließ sich von ihnen unter der Maske der kameradschaftlichen Hilfsbereitschaft die Gepäckstücke aushändigen. Mit dem darauf erhobenen Sachen suchte er schleunigst das Weite. Gestern endlich hat ihn sein Schicksal ereilt. Bei seinen bisherigen Vernehmungen verweigerte er jede Auskunft über die Herkunft der Uniform und über seine Persönlichkeit.

Dachstuhlbrand in der Rüdorsdorfer Straße. Heute morgen 6 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Rüdorsdorfer Straße 45 gerufen, wo der Dachstuhl des der katholischen St. Antoniusgemeinde gehörenden Hauses in Flammen stand. Bald griff das Feuer auf den Nachbardachstuhl über und richtete auch dort großen Schaden an. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es, das Weitergreifen zu verhindern und das Feuer zu löschen.

Dom Stadtbahnzug überfahren. Gestern nacht fanden Streckenbeamte der Berliner Stadtbahn auf den Gleisen zwischen Bahnhof Nikolassee und Wannsee die Leiche einer männlichen Person. Welche Beine waren von Rumpfe getrennt. Der Kopf wies starke Verletzungen auf. Ausweispapiere wurden bei dem Toten nicht gefunden, so daß die Leiche dem Schauhaufe zugeführt werden mußte.

Die Kindesleiche im Schiff. Im Schiff am Schufer des Kleinen Wannsees fand man gestern die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die in ein Tuch gehüllt und in zwei Kartons verpackt war. Das tote Kind, das bereits mehrere Tage im Wasser gelegen hatte, wurde dem Schauhaufe übergeben.

Verkehrsänderungen bei der Straßenbahn. Am 7. Juli treten im Vertriebe der Linien A, 70 und 79 die folgenden Änderungen ein: Die Wagen der Linie A verkehren nur zwischen Dinsstraße und Galansee, Gohrechtstraße. Die Linie 70 wird von Kosened im Schleifendrieb über Gagenstraße, Gundeckis, Königsallee, die Linie 70

Er bittet die Funktionäre, dem Vorstand des ADGB mit praktischen Ratsschlüssen zur Seite zu gehen. Helfen Sie uns, die Atmosphäre zu entspannen und sagen Sie den arbeitslosen Kollegen, daß ein Land mit so erdrückenden Bedingungen das gesamte Problem nicht so lösen kann, wie es politische Strauchhiebe lösen zu können vorgeben. (Zustimmung.) Versuchen wir die Zersplitterung der Arbeiterbewegung einzubämmen, dann wird unsere heutige Aussprache nicht zwecklos gewesen sein. (Lebhafter Beifall.)

In der

Distiktion

Schildert ein arbeitsloser Metallarbeiter seine Erfahrungen beim Arbeitsuchen und wünscht dringende Abhilfe. Brotat will die einheitliche Front gegen die Unternehmer: einzelne Industrien werden stillgelegt, andere zahlen 40 bis 70 Proz. Dividende. Der Redner will ohne organisatorisches Aufsamengehen gemeinsame parlamentarische Aktionen mit den Unabhängigen. Die Art, wie Brotat die Einigung propagiert, röhrt auf lebhaften Widerspruch. Herms streift die harten Maßnahmen besonders der Führer und wünscht ganze Arbeit. Es ist schade, daß die Gareis-Demonstration nicht mit der USB. zusammen stattfand. Darauf gibt Genosse Krüger eine Darstellung von der Einleitung dieser Demonstration und findet damit die Zustimmung der Funktionäre. Zu dem Widerspruch gegen die Rede Brotats übergehend, betont Krüger den Ernst der Einigung auf unserer Seite. Nach weiterer unwissenschaftlicher Debatte gelangt folgende

Resolution

zur Annahme: Die am 5. Juli 1921 in den Germania-Sälen versammelten Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute der SPD. erkennen die Tätigkeit der Vorstände des ADGB. und Afa-Bundes zur Bänderung der Arbeitslosigkeit voll an.

Wenn eine befriedigende Lösung in der Arbeitslosenfrage noch nicht erreicht ist, so liegt es an den außerordentlich großen Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, die zum größten Teil Folgen des Krieges sind. Die Funktionärkonferenz erwartet, daß die Vorstände des ADGB. und Afa-Bundes ihre ganze Kraft zur Lösung des Arbeitslosenproblems weiter einlegen, um zu einem für die Arbeitnehmerschaft günstigen Ergebnis zu kommen.

Die Funktionärkonferenz verurteilt auf das schärfste das Verhalten eines Teils der Arbeitslosen, die sich vom Großstadteigentum mißbrauchen lassen bei den letzten vor dem Gewerkschaftshaus stattgefundenen Demonstrationen. Sie ist der Auffassung, daß dieses Verhalten nur die Folge einer unverantwortlichen demagogischen Hege seitens der kommunistischen Partei ist. Von den Gewerkschaftsvorständen wird erwartet, daß das Eigentum der Gewerkschaften unter allen Umständen geschützt wird.

In Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung, die sich wahrscheinlich durch beschwerliche Maßnahmen, beeinflusst von den bürgerlichen Parteien aller Richtungen, noch verschlimmern werden, beauftragt die Funktionärkonferenz den Bezirksvorstand, in jeder geeigneten Weise, wenn möglich gemeinsam mit der USB. sowie dem ADGB. und Afa-Bund für die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeitnehmerschaft parlamentarisch und außerparlamentarisch weiter zu kämpfen und dem geschlossenen Vorgehen der bürgerlichen Parteien eine geschlossene Front der Arbeitnehmerschaft entgegenzusetzen. Die zerschlagene Kampfmethode der Kommunisten lehnt die Konferenz mit aller Entschiedenheit ab.

Nach begeistert aufgenommenem Schlußwort des Vorsitzenden fand die gutbesuchte Konferenz ihr Ende.

wird unter der neuen Linienbezeichnung „178“ von Gundeckis im Schleifendrieb über Gagenstraße, Kosened, Hubertusallee, weitergeführt. Beide Linien mit kurzer Haltezeit an der Haltestelle Gundeckis. Die Linien 77 und 78 verkehren vom gleichen Tage an in Abständen von 30 Minuten so, daß die Lüge beider Linien sich zu einem 15-Minuten-Vertriebe ergänzen.

Englische Kriegsdienstverweigerer bereisen augenblicklich beluchswelle Deutschland, um den Versuch zu machen, wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Es handelt sich hierbei um Männer, die sich während des Krieges entschieden gemweigert haben, Kriegsdienste zu tun, oder durch Hergabe von Geldmitteln und Arbeitskraft die Kriegsführung in irgendeiner Weise zu fördern. Sie haben diesen Standpunkt auch trotz schwerer Gefängnisstrafen und härtester Verfolgungen nicht aufgegeben. Am Freitag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet ihnen zu Ehren im Bürgeraal des Berliner Rathauses eine Begrüßungsfeier statt.

Der Saalmannschaft des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“, Ortsgruppe Reinickendorf, ist vor kurzem auf der Fahrt von Reinickendorf nach Dranienburg ein Karton mit 6 Käppi und 6 roten Schärpen verloren gegangen. Der Finder wird ersucht, die für ihn wertvollen Sachen bei dem Vorliegenden Otto Sengbusch, Reinickendorf, Schornweberstraße 122, abzugeben.

Das Wetter für morgen.

Ein wenig wärmer, zeitweilig heiter, aber noch überwiegend bewölkt. Bei möglichen westlichen Winden keine erheblichen Niederschläge.

Sport.

Arbeiter-sport.

Arbeiter-Turner-Bund Kreis I. Provinz Brandenburg. Bänderwettbewerb Finnland-Deutschland. Zum ersten Male seit Bestehen der Arbeiter-Turner-Bewegung weilten finnländische Leichtathleten in den Mauern Groß-Berlins. Sie zeigten durch ihre hervorragenden Leistungen, wie durch ein ernsthaftes und planmäßiges Training auch Arbeiter-sportler den bürgerlichen Verbänden gleichwertige Resultate entgegenzusetzen in der Lage sind. Das im Lichterberger Stadion zahlreich erschienene Publikum beachtete alle von den Gästen gebotenen Leistungen, die durchweg ausgezeichnet waren, neidlos mit herzlichem Beifall. Aber auch die deutschen Arbeiter-sportler wurden aus diesem ersten Zusammenreffen erheblichen Gewinn gezogen haben, der sich in der Verbesserung ihres Könnens sehr bald zeigen dürfte. Nachstehend die Resultate:

Resultate Finnland-Deutschland, 8. Juni 1921. Weitspringen, Männer: Kainio, Finnland, 6,60 Meter; Korvoin, Finnland, 6,50 Meter; Haari, Jr. Licht, Schweden, 6,18 Meter. — Kugelstoßen, Jugendlicher: Schmidt, Jr. Licht, Schweden, 9,75 Meter; Finer, Wd., 9,61 Meter; Lehmann, Fichte, 22, 9,15 Meter. — 100-Meter-Lauf, Frauen: Strowonki, Kurlän, 13,9 Sek.; N. Grund, Wimmerdorf, 14,6 Sek.; Delnrich, Kurlän, 14,7 Sek.; — 800-Meter-Lauf, Männer: Edda, Finnland, 2 Min. 1,6 Sek.; Talssem, Finnland, 2 Min. 11,1 Sek.; John, Schweden, 2 Min. 14,3 Sek.; — 100-Meter-Lauf, Jugendliche: Finer, Wd., Berlin, 12,5 Sek.; Kollnack, Wd., 12,8 Sek.; Träger, Schweden, 13,1 Sek.; — Diskuswerfen, Männer: Vaino, Finnland, 38,90 Meter; Korpi, Finnland, 34,94 Meter; Ralwell, Fichte, Kurlän, 32,60 Meter. — Weitspringen, Frauen: Giese, Fichte, 13, 4,71 Meter; Graf, Eppand, 4,18 Meter; Senu, Charlottenburg, 4,11 Meter. — 5000-Meter-Lauf, Männer: Grinde, Wd., 18,06 Min.; Hafonina, Finnland, 16 Min. 4,3 Sek.; Kollnack, Finnland, 16 Min. 5 Sek.; — 100-Meter-Lauf, Männer: Gie, Finnland, 11,5 Sek.; Kallian, Finnland, Gander, zueid; Wirt, Finnland, Gander, zueid. — Hochspringen, Männer: Korpi, Finnland, 1,63 Meter; Kiewi, Finnland, 1,68 Meter; 1,57 Meter erreicht von 1 Finnin und 4 Deutschen. — Stocherwerfen, Männer: Almonen, Finnland, 52,50 Meter; Korvoin, Finnland, 45,33 Meter; Sellen, Finnland 41,67 Meter. — 4x100-Meterstaffel, Männer: Finnland I, 46,2 Sek.; Finnland II, 46,3 Sek.; Wd., 47,3 Sek.; — 5000-Meter-Lauf, Männer: Gie, Finnland, 16 Min. 12,2 Sek.; Tilmann, Finnland, 16 Min. 44,3 Sek.; Wirt, Rudowalde, 17 Min. 11,5 Sek. — Schlußbericht aus der Morgenausgabe.

Gewerkschaftsbewegung

„Die Gewerkschaftsbewegung im Ausland“.

Der dritte Band und damit der Abschluß des umfangreichen Wertes von Dr. Siegfried Restriepke über „Die Gewerkschaftsbewegung“ (Verlag von Ernst Moritz, Inhaber Franz Mittelbach in Stuttgart) liegt seit kurzer Zeit vor. Ihm ist ein umfangreiches Sach- und Personenregister für alle drei Bände beigegeben. (Der Preis des VII., 422 Seiten starken Bandes beträgt broschüriert 30 M., in Halbleinen gebunden 36 M.)

Der Drang nach Kenntnis der ausländischen Gewerkschaftsbewegung war in Deutschland von jeher stark entwickelt. Diesem Wissensdrange kam zunächst der rührige Verlag von J. H. W. Diez in Stuttgart entgegen, durch Herausgabe einer Reihe geschichtlicher Darstellungen über die ausländische Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Landeszentralen wurden während eines vollen Jahrzehnts mit dem Gang und Stand der ausländischen Gewerkschaftsbewegung näher vertraut gemacht durch die von Karl Legien für die Jahre 1903 bis 1912 herausgegebenen Jahresberichte, als internationales Sekretär. In der Uebersicht von Restriepke über die von ihm benützte Literatur sind diese Berichte merkwürdigerweise nicht enthalten. Auch die wertvollen Beiträge von Friß Kummer fehlen darin.

Im Jahre 1913 erschienen die drei letzten Bände des Wertes von Kulemann über die Berufsvereine, die vollständig der Bewegung im Ausland gewidmet waren. Zwar wurden auch die Unternehmerverbände im Ausland berührt, aber auch die internationale Berufsorganisation. Leider verhinderte der Krieg die gehörige Verbreitung dieser Bände.

Der Krieg übte wie auf das Wirtschaftsleben der einzelnen Länder, so auch auf ihre gewerkschaftlichen Organisationen total verschiedene Wirkungen aus. Stagnation, Rückgang hier, Belebung und Fortschritte dort. Nach dem Kriege aber trat überall ein gewaltiger Aufschwung zutage, wenn er nicht, wie in Spanien oder — nach Zusammenbruch der Räterepublik — in Ungarn gewaltsam niedergehalten wurde. Leider trat im Gefolge dieses Aufblühens der Gewerkschaftsbewegung auch der Spaltzug, der mehr oder minder große Verheerungen innerhalb der einzelnen Organisationen und der Landesorganisationen richtete und auch die Gewerkschaftsinternationale nicht verschonte, die jetzt von den Amerikanern als zu radikal gemieden, von den Anhängern der neuen Moskauer Heilsehren aber als „fonterrövolutionär“ geschmäht wird.

Um so mehr wäre es zu begrüßen, über die Kriegswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung im Ausland und über die nach dem hervorgetretenen Veränderungen ein klares Bild zu gewinnen. Es war daher auch der Entschluß Restriepkes erfreulich, seinen beiden Bänden über die deutsche Gewerkschaftsbewegung, deren erster ungeteilten Beifall fand, wogegen der zweite Band infolge seiner kritischen Betrachtungen der deutschen Gewerkschaftsverhältnisse während der Kriegszeit gewissem Widerspruch begegnete, einen dritten Band über die ausländischen Gewerkschaften folgen zu lassen. Selang es Restriepke auch nicht, überall her das nötige Material zu beschaffen, reicht das gewonnene Material auch vielfach nur bis zur Vorkriegszeit, so darf doch sein Wert im großen ganzen als gelungen bezeichnet werden.

Der Rahmen dieser Besprechung verbietet es, auf Einzelheiten näher einzugehen. Es wäre sonst einiges zu sagen über den „Bann einer rückständigen Bürokratie“, aus dem die englischen Gewerkschaften befreit werden sollen (S. 65), wie auch über die „Clique leitender Personen, die in Amerika stärker, als etwa in Deutschland“ sei. (S. 307.) — Der flüssigen Darstellung würde auch eine etwas mehr chronologische Darstellung nicht schaden.

„Es gibt im Augenblick keine andere Bewegung, die gleich der gewerkschaftlichen in allen wirtschaftlich empfortretenden Ländern Fuß gefaßt und die Massen in ihren Bann gezogen hat. „Und welcher sozialen und kulturellen Bedeutung darf sich die Gewerkschaftsbewegung rühmen!“ sagt der Verfasser in dem internationalen Rückblick am Schluß seines Wertes.

Für die Masse der vielen Neuorganisierten zumal, der Arbeiter wie der Angestellten, ist daher recht empfehlenswert, sich außer mit der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auch mit der des Auslandes an Hand der umfangreichen flotten Darlegungen von Restriepke vertraut zu machen.

Generalversammlung der Fleischer.

In der starkbesuchten Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer (Ortsverwaltung Berlin), die am Dienstag in Böllers Festsaal stattfand, wurde zunächst der Geschäfts- und Kassenbericht von G. Adler erfaßt. Der Bericht erstreckte sich auf fünf Monate, von Januar bis Juni. Redner schilderte die Verhältnisse im Gewerbe, welche sich aus der ziemlich restlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft ergeben haben. Die Seltenheit zur Beschäftigung sei jetzt etwas bessere geworden. Die Organisation sei bemüht, die Beschäftigungsmöglichkeiten zu erweitern. Der Schichtwechsel solle zur Durchführung gebracht werden. Das Behringswesen habe eine Steigerung erfahren. Leerbände Kraft bilde hier die Erlangung billiger Arbeitskräfte. Die Ortsverwaltung bemühe sich Wandel zu schaffen. Der Stillstand in der Lohnbewegung sei in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Die Einnahmen stellten sich in der Berichtzeit auf 115 604,87 M., die Ausgaben auf 111 320,88 M. Für Erwerbslosen- und Krankenzwecke sind 22 901,80 M., für die an sich geringen Lohnbewegungen 10 942,50 M. und für Unterstützungen in Sterbefällen sowie bei Umzügen 1087,50 M. ausgezahlt worden. Die Kassenlage könne also als eine verhältnismäßig recht günstige angesprochen werden und auch die Mitgliederzahl habe in der Berichtzeit eine Steigerung erfahren. Sie betrug 4944 und beträgt jetzt 4995. Am Schluß seiner Ausführungen mahnte der Redner zur Einigkeit, da mit einer allgemeinen Lohnbewegung gerechnet werden müsse.

Hierauf folgte die Diskussion. Ein Antrag, den Rednern nur 10 Minuten Redezeit zu gewähren, damit die umfangreiche Tagesordnung erledigt werden könne, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Zweiter Punkt der Tagesordnung war ein Bericht von der Beiratskonferenz. Referent war Boos, der die Ergebnisse dieser Konferenz eingehend darlegte. Die Einsetzung einer Preiskommission sei vom Beirat abgelehnt worden.

An der Aussprache beteiligten sich mehrere Redner. Urban, der länger als 10 Minuten sprach, wurde vom Vorsitzenden gebeten, seine Ausführungen nicht in die Länge zu ziehen, da die vollständige Erledigung aller Punkte der Tagesordnung dringend notwendig sei. Hierauf entstanden Meinungsdivergenzen, die zu lärmenden Austritten und zum Schluß der bis dahin würdigen verlaufenen Versammlung führten.

Ein Moskowiter als Polizeispitzel entlarvt.

Der Abgesandte der Moskowiter zu dem internationalen Transportarbeiterkongreß in Genf, Muphy, der Mann mit dem schönen und alten irischen Namen, von dem der Delegierte Cotton-Liverpool sagte, daß er seinem Namen mehr Ehre machen würde, wenn er nach Irland zu seinen Landsteuern ginge, um mit ihnen für ihre Freiheit zu kämpfen, dieser Mann ist als Spitzel im Dienste von „Scotland Yard“, der berüchtigten englischen Polizeizentrale in London, entlarvt worden. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß dieser ultra-revolutionäre Moskowiter mit dem irischen Namen, dieser Vertrauensmann des kommunistischen vorläufigen Rats der Fach- und Industrieverbände und Mitarbeiter des Berliner Mitteilungsblattes „Die rote Gewerkschaftsinternationale mit seinem Motto: „Gegen Amsterdam, für Moskau; gegen die Solidarität der Phrase, für die Solidarität der Tat“ als Angehöriger der englischen Geheimpolizei mit Judasgeld bezahlt worden ist.

Es war schon immer so: Wo es am „radikalsten“ hergeht, sind Spitzel dabei. Sie gebärden sich am tollsten, „feuern“ an und „berichten“. Wie dieser Polizeispitzel-Kommunist nicht der erste war, wird er längst nicht der letzte unter den Kommunisten gewesen sein.

Die Glasbläser der Studengefellschaft des Oream-Konzerns stehen seit drei Wochen im Streit, weil fünf Kollegen denselben Lohn fordern, den die anderen drei schon haben. Die Betriebsleitung fordert die Annahme des Akkords und droht mit der Aussperrung der ganzen Belegschaft. Da durch die Presse Glasbläser gesucht werden, bitten die Streitenden alle ihre Kollegen nochmals, auch in Zukunft keine Streikbrecherdienste zu leisten.

Landarbeiterstreik in Sachsen. Auf den Rittergütern um Werda und Crimmitschau ist wegen Tarifstreitigkeiten ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen.

Franz Grundmann, einer der Mitbegründer der österreichischen Glasarbeiterorganisation und langjähriger Kassierer dieses Verbandes, der sich jetzt nur auf die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei erstreckt, ist in Tannwald in Nordböhmen an der Schleierkrankheit gestorben. So entspricht sein Ende seinem Leben, das durch und durch verwachsen war mit dem Glasbleibepöplchen des Ferggebirges, dessen schnurrige Art Grundmann in köstlichen Dialektgeschichten festgehalten hat. Der ausgezeichnete Mann verdient das treue Andenken, das ihm sicher ist.

Die streikenden Baumwollspinnereiarbeiter in Lille haben den Generalstreik in der Baumwollspinnerei verhandelt. Die Kommission der Textilindustrie wird sich mit der Frage beschäftigen, ob ein Generalstreik auch in der Flachspinnerei und -weberei angebracht ist.

Die Ma-Beisler beim Schlichtungsausschuß Sach-Berlin werden ersucht, ein Einzelabkommen mit der Betriebsleitung des Schlichtungsausschusses abzuschließen, da wir ein Sammelabkommen befehlen und nach dem 15. Juli keine abkommensmäßig bei uns gemeldeten Ma-Beisler das Mitteilungsblatt frei zuhalten wollen. Ma-Bund, Oststadt Sach-Berlin.

Scholarbeiter! Freitag 6 Uhr, 10 Mitgliederbesammlungen. Tagesordnung: Berichterstattung der Delegierten vom Verbandstag. Näheres Mitteilungsblatt vom 2. Juli.

Wirtschaft

Das Körperschaftssteuergesetz im Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats gab zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Körperschaftssteuergesetzes einstimmig folgendes Gutachten ab:

1. Der Ausschuss hält die Mehrbesteuerung der Körperschaften in dem geforderten Umfange für erträglich.
2. Der Ausschuss hält im Interesse des Bestandes und der Weiterentwicklung der Körperschaften eine Differenzierung der Besteuerung des ausgeschütteten und nicht ausgeschütteten Gewinns für wünschenswert.
3. Der § 8 Nr. 8 des Körperschaftsteuergesetzes muß bestehen bleiben (Begründung der Schaatsgefellschaft).
4. In Artikel 3 des Entwurfs Zeile 7 sind an Stelle der Worte „drei Viertel“ die Worte „ein Fünftel“ zu setzen. (Aktienbeteiligung eines Unternehmens an einem anderen Unternehmen.)
5. Der Ausschuss hält die Besteuerung der Gesellschaftsgewinne ausschließlich an der Quelle unter Anrechnung des durch die Körperschaftsteuer erhobenen Betrages auf die Einkommensteuer der Gewinnbezieher für erstrebenswert.

In diesem Falle ist im Hinblick auf die dadurch eintretenden Rückwirkungen auf die örtlichen Erträge der Einkommensteuer und die Zuweisungen daraus an die Gemeinden darauf zu achten, daß die Gemeinden, namentlich die kleineren, nicht geschädigt werden.

Der Regierung wird empfohlen, unter Berücksichtigung dieser Grundsätze mit größter Beschleunigung einen neuen Entwurf auszuarbeiten.

Der Entwurf des von der Regierung vorgelegten Kennwertgesetzes wurde einem Unterausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Die verbotene Farbeneinfuhr. Zu Anfang dieses Jahres hat das englische Parlament ein Gesetz über die Einschränkung der Farbeneinfuhr angenommen, obwohl diese die englische Textilindustrie sehr schädigt. Das schlechte Beispiel hat bereits seine Nachahmer gefunden, die Vereinigten Staaten und nunmehr auch Italien sind daran, die Farbeneinfuhr in ähnlicher Weise zu unterbinden, diese in jedem einzelnen Falle von einer besonderen Genehmigung abhängig zu machen. Die italienische Farbenindustrie verlangt z. B. einen Zollfuß von 150 Proz. Die Farbenindustrie ist in Italien deren Marktpreis gegenwärtig 6 Lire per Kilogramm beträgt, also einen Zollfuß von 10 Lire pro Kilogramm nach gewissen Leerfarben, gegenwärtig gering, demgegenüber hat die Textilindustrie sowohl im inneren Verbrauch wie im Export eine große Bedeutung. Ein Viertel der Gesamtausfuhr Italiens entfällt auf Seidenwaren; die Baumwollindustrie, welche 600 000 Arbeiter beschäftigt, führt 35 Proz. ihrer Gesamtproduktion aus. In der Textilindustrie bilden die Kosten der Farben einen sehr bedeutenden Teil der Herstellungskosten, durchschnittlich 14 Proz. So wäre es angebracht die Beschaffung billiger Farben für diese zu ermöglichen. Ein Teil des Farbenedarfs wird durch Deutschland dem Versailler Vertrag zufolge zu Vorkriegspreisen befristet, nach dem „Economist“ aber bieten deutsche Produzenten Waren bereits unter diesen Preisen nach Italien an, eine Behauptung, die wir nicht kontrollieren können. Immerhin ist es bedauerlich, wenn unter dem Vorwand, daß es sich hier um eine Schiffsindustrie handle, der Weltverkehr und besonders die deutsche Farneinfuhr unnötig und zum Schaden der eigenen Industrie erschwert wird.

Eine neue Ost-handelkammer. Für den Regierungsbezirk Marienwerder und das westliche Ostpreußen hat der Minister für Handel und Gewerbe eine neue Handelskammer errichtet. In ihr geht die Handelskammer zu Elbing auf. Sie umfaßt außerdem den östlich der Weichsel bei Deutschland verbliebenen Rest des Handelskammerbezirks Graudenz, der seit Inkrafttreten des Friedensvertrages ohne Handelsvertretung war. Die neue Handelskammer richtet eine Zweiggeschäftsstelle in Marienwerder ein, deren Verwaltung einem westpreussischen Ausschuss obliegt.

Genossenschaften und Wirtschaftskrise. Die Wirtschaftskrise in Großbritannien drückt ihren Stempel auch den Genossenschaften auf. Die schottische Grobeinlaufgesellschaft hatte infolge der wirtschaftlichen Krise, die sich in Arbeitslosigkeit und Streiks äußerte, im ersten Vierteljahre 1921 einen Minderumsatz von 484 392 Pfund Sterling (9 881 597 M.) oder 7 Proz. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Während die Lebensmittelbestellungen zumachs zeigten, ergaben die Abteilungen für Kleidung, Fußzeug und Möbel erhebliche Rückgänge.

Soziales.

Erwerbslosenunterstützung auch über vier Wochen.

Die Dauer der Unterstützung von Erwerbslosen ist auf vier Wochen beschränkt. Nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministers kommt aber auch eine längere Unterstützung in Betracht. Es ist dies dann der Fall, wenn ein Erwerbsloser in einer Gemeinde zum zweiten Male unterstützungsbedürftig wird. Der Reichsminister begründet dies damit, daß die Gemeinde nicht für die endgültige Fürsorge zuständig war. Bei der neu eintretenden Erwerbslosigkeit ist der Bedürftige nicht der Bestrafung auf vier Wochen unterworfen. Die Begründung hierfür wird darin gefunden, daß der Betroffene mit seiner Familie einen eigenen Hausstand begründet hat und ihn bei Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit noch führte, bevor er von neuem unterstützungsbedürftig geworden ist.

Schwerbeschädigte auf Domänen und Forsten.

Zum Reichsgeleit über die Verköstigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 sind jetzt, nach mehr als einem Jahr, für den Bereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten umfangreiche Ausführungsbestimmungen erlassen. Die Einstellung der Schwerbeschädigten in staatliche Betriebe, Bureaus und Verwaltungen erfolgt nach Anordnung der zuständigen Ressortminister. Von den Arbeitsplätzen sind wenigstens 2 Proz., oder wenn deren Gesamtzahl 25, aber nicht 50 erreicht, mindestens ein Arbeitsplatz mit einem Schwerbeschädigten zu besetzen. In sämtlichen Betrieben, Bureaus und Verwaltungen sind auf alle Fälle Schwerbeschädigte anderen Vetterbern voranzusetzen, soweit sie für den Arbeitsplatz geeignet sind. Die Einstellung hat in englischer Föhlung mit den zuständigen Hauptfürsorgestellen zu erfolgen.

Die Erhöhung der Versicherungsgrenze.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nimmt jetzt zu den Kritiken Stellung, die in den letzten Tagen an dem Reichratsbeschlusse auf Erhöhung der versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze auf 28 000 M. geübt worden sind. Die Reichsversicherungsanstalt ist der Ansicht, daß selbst eine Gehaltsgrenze von 28 000 M. noch lange nicht die Angestellten erfassen würde, die nach der Absicht des Gesetzgebers im Jahre 1911 unter das Gesetz fallen sollten. Im übrigen sei es unrichtig, daß die Reichsversicherungsanstalt einer solchen Erhöhung der Gehaltsgrenze und der damit verbundenen Beitragssätze lediglich bedürfe, und die Kosten ihres Verwaltungsaufwandes zu decken. Um der Invalidenversicherung nicht nachzuliegen, sei die Reichsversicherungsanstalt vielmehr gewillt, fünfjährig angemessene Leistungen zu gewähren, die der Geldentwertung einigermaßen angepaßt seien. In Betracht zu ziehen sei auch, daß die Kosten des Heilverfahrens ganz bedeutend gestiegen seien. Sie würden sich im laufenden Jahre auf etwa 75 Millionen Mark stellen. Mit den alten Beitragssätzen und einer versicherungspflichtigen Gehaltsgrenze von 15 000 M. könne die Reichsversicherungsanstalt den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr genügen.

Vertrieb für den redakt. Zell: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Krassig: Th. West, Berlin. Verlag: Cornelia-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Zinnert & Co., Berlin, Unterstr. 3.

Film-Palast Varieté
Koppenstraße 29
Königsstadt 4114
Täglich ab 7 Uhr
Der große Varieté-Spielplan
Fischer & Bergl — Wallis Georg Gau — Grete Dirkes 2 Bollingers
Internationale Ringkämpfe um d. Carli-Abs-Memorial 1921
25 Ringer 1. Klasse
Heute abend ringen: Pietro Scholz — Perlijean Urbach — Schächschneider
Entscheidungskampf Namacher — Hansen-Esch

Stinnes Neu!
und seine 600000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Bestellungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Schweißfuß- Leidende sollten nur den antiseptischen Fußpuder „Pfeifferol“ benutzen. Beseitigt den lästigen Schweißgeruch und verhindert Brennen und Wunden werden der Föße. Streudose 3 2,50 und 2 Mark. Reicht mehrere Monate.
Präservativ-Creme „Pfeifferol“ das idealste Mittel gegen Erkältlich in Apotheken und Droverien. Apoth. Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 65

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstersteller liefere ich in **Qualität** und Preis einzig dastehend
Trauringe
1 Trauring, Duk. g. von 75 M an
1 Duk.-Trauring. 240 M
1 Ring, 585 gest. von 60—180 M.
1 Ring, 333 gest. von 30—100 M.
Garantieschein f. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbsterwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.
H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1030

Stotterer
Im Leben vorwärts kommen ist die Lösung! Jetzt mehr denn je! Dazu gehört aber, daß man reden kann. — Niemand hat es nötig, infolge eines Sprachfehlers hinter anderen zurückzubleiben.
Jeder, der Stottern hat, kann eine fließende, natürliche Sprache erlangen. — Unglücklich und Unselbstvertraut vor dem Sprechen werden gründlich beiligt bei Erwaschen und Atmen, auch bei solchen, die mehrfach andere Kurse ohne Erfolg besucht.
Kein Apparat! Keine Synope!
Kein langweiliges unnatürliches Sprechen.
Einsichtsvolle Eltern, die mit wachsender Sorge die festliche Einwirkung von Sprachstörungen an ihren Kindern beobachtet haben, sollten sich nicht täuschen lassen durch den weitverbreiteten Irrtum, daß ein Sprachfehler sich von selbst verliert. — Jeder Sprachfehler wird mit den Jahren schlimmer, die Beseitigung entprechend immer schwieriger. — Es kann daher nicht beindegem genug geraten werden, die erfolgreichste Behandlung so früh wie möglich vorzunehmen, die Kinder dadurch zu vollwertigen Menschen machen zu lassen. Die diesjährigen
Ferienturse
Nehmen hierzu eine glänzende Gelegenheit. Anmeldeungen schon ab heute täglich nachmittags 3—7 Uhr. — Für Erwachsene Tages- und Abentourer ohne Beschränkung, auch Bausch-Gesundheitskur. — Vor Ankauf metallener Apparate sei einmalig gemacht.
Dr. Schraders Spezial-Institut Lötsewstr. 20

Kugellager
leben Polira, lauffähig
Brandt, Schlichte Str. 12
Störingstr. 1484

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt
Berlin NW 108, Kirchstr. 24 (Sprechstunde 11—1, 5—7, Sonntag 10—12, behandelt Syphilis, Geschlechtskrankheiten, sexuelle Schwäche, Frauen- u. Unterleibsleiden nach eigenem bewährten Verfahren auf gutem Wege ohne Einspritzung und ohne Berührung. Belobrende Broschüre vollständig dialekt ohne jeden Aufdruck, kostenlos gegen Rückporto. Leiden angeboten.